

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic

gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001

an Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 21.11.2012

Ltg.-1391/A-4/325-2012

-Ausschuss

betreffend **Finanzmarktaufsicht untersagt innovative Bürgerbeteiligungsprojekte von Betrieben wie GEA und von Gemeinden**

Seit geraumer Zeit stehen BürgerInnenbeteiligungsmodelle sowohl zur Finanzierung umweltfreundlicher Photovoltaikanlagen wie auch von Klein- und Mittelbetrieben im Visier der Finanzmarktaufsicht.

Das Waldviertler Schuhunternehmen GEA, erweitert durch Einlagen von etwa 230 KundInnen, verwirklicht mit dieser BürgerInnenbeteiligung ökologisch nachhaltige Projekte in der Region und schuf darüber hinaus zahlreiche neue Arbeitsplätze. Bei einer Solidaritätsveranstaltung brachten jüngst hunderte UnterstützerInnen ihren Wunsch zum Ausdruck, sich nicht von der FMA in ihrer Privatautonomie beschneiden zu lassen.

In Österreich herrscht im Obligationenrecht das Prinzip der Vertragsfreiheit, was bedeutet, dass der übereinstimmende Wille der VertragspartnerInnen maßgeblich ist und dass im Bereich erlaubter, nicht sittenwidriger oder ausbeuterischer Abmachungen das Diktat des öffentlichen Rechts nichts verloren hat.

Gerade in lokalen Gemeinschaften oder im Bereich der Tätigkeit von regional bekannten Betrieben besteht kaum Notwendigkeit, gleichrangige PartnerInnen, die zu beiderseitigem Nutzen Verträge schließen wollen, vor einander zu schützen.

Der Versuch der Pönalisierung kann gerade für aufstrebende Regionen wie das Waldviertel schweren Schaden bedeuten. Bereits jetzt wurden durch die Aktion „scharf“ der FMA einige Öko- Regionalprojekte - auch von Gemeinden, was zu einem beschlossenen Resolutionsantrag der Grünen führte - storniert oder auf Eis gelegt. Den KundInnen sollte es selbst überlassen werden, ob sie ihr Geld bei maroden Banken anlegen oder doch lieber zum Erfolg von ökologisch nachhaltigen Regionalprojekten beitragen möchten unter Einhaltung möglichst unbürokratischer und einfach festzulegenden Rahmenbedingungen, damit AnlegerInnen ein Mindestmaß an Schutz in Härtefällen haben.

Daher stellt die gefertigte Abgeordnete folgende

Anfrage

1. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die wechselseitigen Hilfestellungen zwischen Wirtschaft und KundInnen so zu gestalten, dass die FMA diese Projekte anerkennt?
2. Während Banken immer öfter Hilfe brauchen, gibt es für die Gewährung von Geschäftskrediten immer strengere Auflagen. Was ist zu tun um administrativen und finanziellen Aufwand von partizipativen Beteiligungsmodellen möglichst gering zu halten, gleichzeitig die Interessen der AnlegerInnen zu wahren und so u.a. Gewerbetreibenden in Zukunft die Geschäftsgründung, –erweiterung und –erhaltung zu erleichtern?
3. Von wie vielen BürgerInnenbeteiligungsprojekten wissen Sie überhaupt in NÖ?
4. Wie haben Sie den Landtag in seiner Resolution Ltg.- 1257/V-10/41-2012 vom 14.06.2012 „BürgerInnenbeteiligung- Energiewende- Projekte in den Gemeinden“ unterstützt?
5. Welches Modell zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe mit Beteiligungen von BürgerInnen vor Ort schwebt ihnen vor?